



Linda Teuteberg (FDP), Oswald Metzger (stv. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung) und Carsten Linnemann (CDU)

„Heute gibt es kaum noch Reformen“

Mit den beiden jüngsten Mitgliedern der Ludwig-Erhard-Stiftung **Linda Teuteberg**, Mitglied im FDP-Bundesvorstand, und **Carsten Linnemann**, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung seiner Partei, sprach **Oswald Metzger** über Erhards heutige Bedeutung

Oswald Metzger: Was verbinden Sie mit Ludwig Erhard, über den man spekulierte, ob er der FDP nicht doch näher stand als der CDU?

Linda Teuteberg (LT): Ich verbinde mit Ludwig Erhard in erster Linie das Eintreten für Verantwortung; erst wenn der Einzelne nicht in der Lage ist, sein Schicksal zu meistern, sollte er Hilfe beanspruchen. Ich habe – das liegt vielleicht an meiner Kindheit in der DDR – auch eine Grunderfahrung, was Plan- und Mangelwirtschaft bedeutet: Sie macht das Materielle wichtiger als in der Marktwirtschaft, weil Menschen viel mehr Zeit und Lebensenergie aufwenden müssen, um an

Güter zu kommen. Das illustriert gut, dass die Marktwirtschaft überökonomischen Zwecken dient, nämlich, ein freies und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Carsten Linnemann (CL): Für mich ist Ludwig Erhard ein echtes Vorbild. Er war nicht beratungsresistent, sondern hat sich auf die Grundlagen der Freiburger Schule bezogen, deren Vertreter das ordnungspolitische Konzept ausgearbeitet haben, das er noch aufpoliert hat. Und er hat den Mut gehabt, dieses Konzept umzusetzen. Heute gibt es kaum noch Reformen, die den Mut haben, Dinge umzusetzen, die auf den ersten Blick nicht umsetzbar scheinen.

Wie bringt man eine Grundvorstellung von Freiheit und Verantwortung in die Köpfe einer heterogenen Wählerschaft? Ludwig Erhard hat früh gewarnt, dass der Marsch in den Wohlfahrtsstaat Eigenverantwortung mindert und die Gefahr besteht, dass mehr ans Verteilen als ans Erwirtschaften gedacht wird, was die Eigeninitiative, die Kreativität, die Produktivität einer Volkswirtschaft erstickt. Haben wir diesen Punkt überschritten?

CL: Spätestens heute weiß man, dass Ludwig Erhard recht hatte. Er selbst sagte kurz vor seinem Tod zu Kurt Biedenkopf: „An diesem Punkt bin ich gescheitert.“ Die große Frage,

wie mit steigendem Wohlstand der Wille zur Übernahme von Eigenverantwortung bewahrt werden kann, ist eine der schwierigsten und drängendsten überhaupt. Eine einfache Antwort darauf gibt es wohl nicht, wenn selbst der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft sagt, er sei gescheitert. Erhard wusste, dass Freiheit die Voraussetzung ist, um Verantwortung zu übernehmen.

LT: Schon zu Erhards Zeit waren wir über diesen Punkt hinaus, aber die Entwicklung hat immer mehr Eigendynamik bekommen, in letzter Zeit verstärkt in der Rentenpolitik.

CL: Über Eigenverantwortung wird viel gesprochen, aber wenn es konkret wird, rennen alle weg. Ein Beispiel: Die FDP hat die Praxisgebühr wieder abgeschafft, weil Ärzte über den Bürokratieaufwand klagten. Heute sieht man, dass...

...die Patientenzahlen pro Quartal massiv steigen. Ich halte das für einen strategischen Fehler, das ausgerechnet die FDP die Abschaffung der Gebühr in der letzten schwarzen Koalition vorangetrieben hat. Wenn man so etwas abgeschafft hat, ist es extrem schwierig, es dann über Eigenverantwortung wieder aufs Tapet zu bringen.

LT: Wir haben das Thema auch bei der Riester-Rente. Die Mittelstandsvereinigung fordert sehr richtig, die Zulagenstelle abzuschaffen. Es ist unnötig, dass eine zusätzliche Behörde die Zulagenberechtigung prüft, wenn das Finanzamt eh die Günstigerprüfung durchführt. Aber selbst die örtliche Mittelstandsvereinigung oder CDU-Politiker vor Ort behaupten mit Blick auf die Arbeitsplätze am Behördenstandort, dass die Behörde nötig sei. Wenn wir diese Logik zu Ende denken, können wir in ganz Deutschland lauter

Behörden einrichten, die ihre Daseinsberechtigung daraus ableiten, dass sie vor Ort Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen mehr Abgeordnete, die den Mut haben, zu Prinzipien zu stehen, auch wenn Maßnahmen negative Folgen im Einzelnen haben. Das hat nicht immer mit der Frage zu tun, ob das Vertreter von

Wir brauchen mehr Abgeordnete, die mutig zu ihren Prinzipien stehen

Volksparteien oder direkt gewählte Abgeordnete sind, sondern mehr mit den Persönlichkeiten und ihrem Charakter.

CL: Vielleicht muss man noch einen Schritt weitergehen. Es gab viele Fälle, in denen sich Politiker für Eigenverantwortung eingesetzt haben und dann abgewählt wurden. Wolfgang Clement ist ein Beispiel und Gerhard Schröder, die mit dem Fordern und Fördern auf Eigenverantwortung gesetzt haben. Die Frage lautet also: Brauchen wir mehr Politiker mit Risiko- und Opferbereitschaft? Es ist einfacher, teure Bonbons zu versprechen.

Auch liberale Politiker wollen gewählt werden und sie glauben, dass die Bevölkerung Wahrhaftigkeit nicht verträgt. Deshalb macht man sich als Politiker einen Stil zu eigen, dass man in den Wahljahren die Zumutungen beiseiteschiebt und lieber Bonbons verteilt.

LT: Ich kämpfe dafür, nichts zu versprechen, was nicht geht. Mich hat

der Bundestagswahlkampf 1998 politisiert mit den Plakaten der SPD, auf denen stand: „Wir wollen, dass Sie im Ruhestand mehr haben als schöne Erinnerungen.“ Ich habe damals gesehen, wie es um die Rente und den Staatshaushalt steht, und fand es verantwortungslos, noch mehr zu versprechen. Das hat mich dazu gebracht, mich politisch zu engagieren und für Eigenverantwortung und finanzpolitische Solidarität einzustehen. Dazu gehört für mich aber auch, über den eigenen Fachbereich und Wahlkreis hinauszudenken. Wir sind für das Wohl aller Bürger verantwortlich.

Da sind wir fast bei Max Weber mit seinem legendären Vortrag „Politik als Beruf“. Lebt der Politiker von der Politik oder für die Politik? Weber hatte einen sehr hohen moralischen Kodex aufgestellt: Verantwortungsgefühl, Leidenschaft, Augenmaß. Im Endeffekt bräuchten Sie Verkäufer auf der politischen Bühne, die mit Leidenschaft glaubwürdig vermitteln, dass der Staat nicht die eierlegende Wollmilchsau ist, die alles regelt.

CL: Ich glaube, wir unterschätzen die Bürger. Natürlich nimmt jeder gern Wahlgeschenke an, auf der anderen Seite ist man aber bereit, langfristige Politik zu honorieren. Ich glaube, dass Herr Schäuble eine hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung hat, wenn er sagt, etwas sei nicht finanzierbar, weil es langfristig den nächsten Generationen schadet. Wenn man Themen mit Köpfen verbindet, kann man die Wähler von langfristiger Politik überzeugen. Ein anderes Beispiel ist Franz Müntefering mit der Rente mit 67. Er hat es geschafft, eine gewisse Akzeptanz zu bekommen, indem er sie authentisch rüberbringen konnte. ►

LT: Ich bin einverstanden mit der These, dass glaubwürdige Persönlichkeiten nötig sind und dass man den Bürgern viel mehr zumuten kann. Allerdings würde ich Herrn Schäuble nicht als Beispiel nehmen. Dass einige zufrieden sind mit dem Bundesfinanzminister, hat vielleicht auch damit zu tun, dass in diesen sehr guten Zeiten reichlich Wahlgeschenke verteilt wurden wie die Rente mit 63 oder die Mütterrente. Diese Anerkennung hat sich Schäuble also nicht mit einer konsequenten Sparpolitik verdient. Es wäre mehr möglich gewesen in der Situation, in der wir die letzten Jahre waren, mit hohen Steuereinnahmen und hoher Beschäftigung. Man hätte mit dem Mut, für die richtigen Reformen zu werben, viel mehr bewegen können.

Der neue französische Präsident will mehr Vergemeinschaftung in Europa, mit eigenem Finanzminister und Budget. Und in Deutschland reagieren Linke, Grüne und Sozialdemokraten, indem sie sagen: Macron hat Le Pen verhindert, dafür müssen die Deutschen endlich ihre Ideologie der Sparpolitik aufgeben. Wie gehen Sie im Wahlkampf damit um?

CL: Macron hat recht, wenn er sagt, dass eine Währungsunion nur mit einem europäischen Finanzminister funktioniert. Aber die Reihenfolge ist falsch: Erst muss man einen europäischen Finanzminister haben und dann die gemeinsame Währung einführen. Im Nachhinein diesen Fehler beheben zu wollen, finde ich mutig und gleichzeitig naiv. Ich kann mir vorstellen, dass man einzelne Schritte dorthin macht, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Staaten in Südeuropa bereit sind, ihre Finanzsouveränität abzugeben.

Aber auch wir würden die Finanzsouveränität nicht abgeben.

CL: Exakt. Und deshalb: Im Nachhinein geht es nicht. Wir brauchen dafür Vertragsänderungen, wir brauchen Abstimmungen in den Mitgliedsländern, wir reden da über zehn Jahre plus. So lange ist aber gar nicht Zeit. Fakt ist, und das wissen alle Beteiligten, so wie

Streiten und Werben für eigene Positionen ist in bürgerlichen Parteien zu wenig ausgeprägt

der Euro jetzt ist, hat er langfristig keine Chance zu überleben. Deshalb setzen wir uns als Mittelstandsvereinigung für eine Staateninsolvenzordnung ein. Diese müsste für die betroffenen Staaten die Möglichkeiten Sanierung oder Austritt haben. Meine Partei sagt auch ganz klar, dass es Eurobonds mit ihr nicht geben wird. Gleichzeitig muss man aber aufpassen, dass man sie durch die Hintertür nicht doch bekommt.

LT: Wichtig ist einerseits, Herrn Macron zu unterstützen – viele Probleme lassen sich nur im Verbund lösen – und nicht als Belehrende dazustehen gegenüber Frankreich. Andererseits dürfen wir uns nicht in eine Falle locken lassen, dass wir Frankreichs Probleme lösen könnten. Die Reformen müssen dort stattfinden. Das wird die Kunst sein: mit einer deutlich proeuropäischen Haltung gleichzeitig die Sparpolitik zu verteidigen und andere europäische Partner auf eine souveräne und res-

pektvolle Art davon zu überzeugen.

CL: Ich hätte mich gefreut, wenn die FDP damals kritischer gewesen wäre bei den Abstimmungen über die Rettungspakete im Deutschen Bundestag. Es ist meine feste Überzeugung, dass sie dann heute noch im Bundestag wären.

Ich habe nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag gedacht, dass die Union jetzt ihren eigenen Wirtschaftsflügel stärken wird, um die wirtschaftsliberalen Wähler an sich zu binden. Das war aber eine Fehleinschätzung.

LT: Ich habe oft den Eindruck, dass engagiertes Streiten und Werben für eigene Positionen in bürgerlichen Parteien zu wenig ausgeprägt sind. Das macht es vielleicht den ordnungspolitischen Kollegen in der Union so schwer, die Auseinandersetzung zu pflegen, in der eigenen Partei genauso wie in der Öffentlichkeit. Das ist aber auch ein gesamtgesellschaftliches Problem.

CL: Wenn ich auf die Geschichte der Wirtschaftspolitik dieses Landes schaue, dann sind die großen Reformen in rezessiven Phasen gemacht worden, so auch die Agenda 2010. Es ist schade, dass Reformen erst durchgeführt werden, wenn das Land mit dem Rücken zur Wand steht. Ich bin mutig in die Politik gegangen, und wenn ich nun feststelle, dass man Reformen nur machen kann, wenn es einem schlecht geht, dann ist das nicht mein Ansatz. Gerade in guten Zeiten muss man dafür sorgen, dass es auch noch in zehn Jahren so ist. In diesem Punkt liegt die zentrale Herausforderung der jungen Politikergeneration.

LT: Reformen sind in wirtschaftlich schwierigen Lagen eher durchsetzbar, weil offenbar für viele dann doch einsichtig ist, dass es nicht mehr anders geht. Nach der Kohl-

Regierungszeit, als Rot-Grün gewählt wurde, wurde der aufgestaute Reformbedarf in Deutschland noch negiert. Um dann ein paar Jahre später einzusehen, dass man mit der Agenda 2010 umsteuern muss. Allerdings geht es neben den großen Reformen auch um Ordnungspolitik im Alltag, bei ganz vielen Gesetzgebungsvorhaben oder Entscheidungen, vor denen ein Abgeordneter steht.

Mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ging Erhard gegen Kartelle vor. Das war nichts anderes, als gegen Vermachtung anzugehen. Wir haben heute in der globalen Welt immer stärkere Konglomerationen von Macht einzelner Unternehmen, die nicht mehr national steuerbar sind. Wenn wir nicht eine Grundsatzdebatte darüber führen, wie Vermachtungsstrukturen im Unternehmenssektor zurückgedrängt werden können, dann geben wir den Mittelstand, der Deutschland besonders prägt, auf. Dann kommen die Großen und fordern von der Politik nur noch Gefälligkeitsgesetzgebungen ein.

LT: Deshalb braucht es die Leidenschaft und Sorgfalt gleichermaßen, immer wieder zu erklären, was der Verbraucher von Wettbewerb hat. Dass zum Beispiel die Preise höher wären, die Qualität oft schlechter wäre, und dass auch das Ausscheiden aus dem Markt zum Wettbewerb dazugehört.

CL: Für mich ist das Kartellrecht die zweite große Herausforderung neben der Frage der Korrelation von mehr Wachstum und weniger Eigenverantwortung. Wie schaffen wir es, die Soziale Marktwirtschaft weltweit auszubreiten? Viele Fragestellungen waren früher national zu lösen; heute können wir die meisten großen Probleme nur



Linnemann, Teuteberg und Metzger (v.l.): Überparteiliche Ordnungspolitik?

europäisch, wenn nicht weltweit lösen. Eigentlich bräuchten wir ein Weltkartellamt. Das hat auch der deutsche Kartellamtschef Andreas Mundt vorgeschlagen.

LT: Wir brauchen internationale Kartellregeln, aber auch eine konsequente Durchsetzung bei uns im Land. So ist zum Beispiel auf die Beschäftigungswirkung fürs ganze Land zu schauen und nicht, wie es Sigmar Gabriel im Fall Edeka getan hat, auf die Beschäftigten nur eines Unternehmens.

Das Problem ist die Regelgebundenheit. Wir erleben es permanent: im Inland, in der Europäischen Union, in der WTO. Die Liste der Verstöße wird immer länger...

LT: ...Das Entscheidende ist die Bereitschaft, dafür zu streiten, um zu vermitteln, was wichtig ist. Dann würden wir auch nicht so etwas erleben wie bei TTIP, wo durch abseitige Aufregerthemen ein großes, gutes Vorhaben ständig infrage gestellt und am Ende gefährdet wird.

Eine Frage zum Schluss: Wäre es nicht eine gute Idee, einen überparteilichen Klub zu gründen, in dem sich junge Abgeordnete über Ordnungspolitik austauschen können? Als die Agenda 2010 beschlossen wurde, gab es eine rot-grüne Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat eine fast Dreiviertelmehrheit Schwarz-Gelb. Es war also eine überparteiliche Allianz,

die diese Reform gemacht hat.

CL: Die Idee ist gut. Aber man muss überlegen: Wer kommt beispielsweise bei der Partei Die Linke infrage? Ich kenne niemanden. Und bei den Grünen gibt es nicht viele Metzgers. Es ist schwierig, aber ich wäre der Letzte, der nicht den Versuch starten würde, wenn man ein Konzept hätte. Man könnte sich einmal im Monat treffen, Ordnungspolitik als Überschrift mit ins Gespräch nehmen und dann anhand verschiedener Themen diskutieren.

LT: Ich denke, das ist eine gute Idee. Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass Ordnungspolitik überall vertreten wird. Sonst gäbe es nicht unterschiedliche Parteien. Gerade weil es nicht allzu viele sind, ist es umso wichtiger, den Kontakt parteiübergreifend zu pflegen und zu schauen, wo man gemeinsam etwas bewegen kann. Gemeinsamkeiten wird man aber nicht in jeder Partei finden, und deshalb muss ein solcher Klub nicht zwingend alle Parteien umfassen.

CL: Es wäre schon mal ein guter Schritt, wenn Schwarz-Gelb so einen Klub gründet, in dem junge Abgeordnete wie wir sich treffen, die Bock auf Politik, Spaß an Reformen haben und ordnungspolitisch ticken...

...und im Geiste Ludwig Erhards ticken, wie dieses Gespräch gezeigt hat. Vielen Dank!